

Personengebundenes Pflegebudget bringt derzeit keine Kostenentlastung

Die soziale Pflegeversicherung (SPV) in Deutschland steht unter enormem Kostendruck. Die Anzahl der hilfsbedürftigen Älteren steigt stetig, während die der pflegenden Angehörigen sinkt. Daraus folgt eine wachsende Inanspruchnahme der kostenintensiven Pflegeheimversorgung. Unter den ambulant zu Hause Versorgten steigt gleichzeitig der Anteil der Bezieher von Sachleistungen, deren Leistungssatz über dem Niveau des alternativen Pflegegelds liegt.



Foto: © Monkey Business – fotolia.de

Damit die Pflege im Alter weiterhin bezahlbar bleibt, hat der Gesetzgeber eine alternative Versorgungsform im Rahmen eines als soziales Experiment angelegten Modellversuchs überprüfen lassen. Das personengebundene Pflegebudget soll dafür sorgen, dass hilfsbedürftige Ältere trotz des sinkenden Anteils familiärer Betreuung in der ambulanten Pflege verbleiben können und nicht in die kostenintensivere Pflegeheimversorgung ausweichen müssen. Das ZEW hat den Modellversuch wissenschaftlich begleitet und die Wirkungen des Pflegebudgets auf die Struktur und den Umfang der pflegerischen Versorgung sowie die zu erwartenden Ef-

ekte auf die Ausgaben der SPV evaluiert (Discussion Paper Nr. 08-113 und 08-114).

Personengebundenes Pflegebudget als Alternative

Derzeit können Pflegebedürftige mit einem Anspruch auf Leistungen der SPV zwischen zwei ambulanten Versorgungsformen wählen: der Sachleistung und dem Pflegegeld (sowie deren Kombination). Sachleistungen werden entsprechend einem gesetzlichen Leistungskatalog von autorisierten Pflegediensten erbracht. Das Pflegegeld ist dagegen in der Verwendung unbeschränkt, es kann somit auch zur Kom-

pensation pflegender Angehöriger eingesetzt werden. Die Leistungshöhe des Pflegegelds entspricht aber nur etwa der Hälfte der Sachleistungen. Das personengebundene Pflegebudget ist als Alternative zur Sachleistung konzipiert. Es wird in gleicher Höhe wie die Sachleistung gewährt, jedoch als Geldbetrag ausbezahlt. Darüber hinaus können Pflegeleistungen und Pflegeanbieter frei gewählt werden – über den engen Leistungskatalog und autorisierte Anbieter hinaus. Leistungen von Angehörigen dürfen jedoch nicht mit dem Pflegebudget abgegolten werden. Allerdings stünde das Pflegebudget im Falle einer bundesweiten Einführung in Konkurrenz zu dem in der Leistungshöhe niedrigeren, aber in der Verwendung flexibleren Pflegegeld.

Für Sachleistungsbezieher bietet das Pflegebudget die Chance für eine

IN DIESER AUSGABE

Personengebundenes Pflegebudget bringt derzeit keine Kostenentlastung . . .	1
Ausgestaltung des Arbeitsmarkts beeinflusst konjunkturellen Gleichlauf . . .	2
Für „Reverse Mortgages“ gibt es in Deutschland ein großes Potenzial	3
Restriktiver Wissensschutz im Ausland hemmt Zugang zu lokalem Know-how	4
Nachgefragt: Die Krise wird auch im deutschen Immobilienmarkt Spuren hinterlassen	5,6
Staatliche FuE-Förderung sollte hohe soziale Zusatzserträge anstreben	6, 7
Konferenzen	8, 9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

flexiblere und bedarfsgerechtere Pflege. Falls unabhängige Anbieter im Vergleich zu autorisierten Pflegediensten Leistungen günstiger anbieten, könnte zudem der zeitliche Umfang der Pflege ausgedehnt werden. Beides kann die ambulante Pflege stabilisieren, das heißt der Wechsel in eine stationäre Pflegeheimversorgung könnte verzögert oder ganz vermieden werden. Gegenüber dem Pflegegeld sind vergleichbare Effekte nicht zu erwarten. Der Ausschluss der Angehörigenvergütung bei gleichzeitiger Leistungsausdehnung lässt vielmehr erwarten, dass Pflege, die bislang von Familienmitgliedern geleistet wurde, durch gewerbliche Anbieter substituiert wird. Hierdurch stiegen die Ausgaben der SPV unerwünscht an.

Das personengebundene Pflegebudget wurde in den Jahren 2004 bis 2008 in sieben deutschen Kreisen getestet. Aus etwa 700 Freiwilligen wurde per Zufallsauswahl eine Gruppe ausgewählt,

die das Pflegebudget erhielt, während die verbleibenden Freiwilligen weiterhin die Regelleistungen – Sachleistung, Pflegegeld oder deren Kombination – bezogen. Durch den Vergleich der zufällig gebildeten Gruppen konnten Unterschiede im Versorgungsniveau kausal dem Pflegebudget zugeordnet werden.

Die empirischen Ergebnisse bestätigen die erwarteten Effekte. Im Vergleich zu den Sachleistungen zeigt sich, dass das Pflegebudget zu einer Ausdehnung der gewerblichen und der insgesamt geleisteten Pflegezeit führt. Hieraus resultiert ein Anstieg des Versorgungsniveaus bei konstanter Leistungshöhe, der SPV entstehen keine Mehrkosten. Gleichzeitig wechseln jedoch Pflegegeldempfänger in erheblichem Umfang zu den Leistungen des Pflegebudgets. Im Falle einer bundesweiten Einführung ginge dies je nach Annahmen bezüglich der zu erwartenden Inanspruchnahme des Pflegebudgets derzeit mit einem Anstieg der Aus-

gaben für die SPV in Höhe von 36 bis 175 Millionen Euro pro Monat einher, je nach Prognosen bezüglich der zu erwartenden Struktur der Leistungsempfänger im Falle einer Einführung des Pflegebudgets. Ein Anstieg des Versorgungsniveaus entsteht jedoch nicht, da durch Angehörige erbrachte Pflege durch unabhängige gewerbliche Anbieter substituiert wird.

Auch eine mit der Entlastung der Angehörigen einhergehende Stabilisierung des Pflegearrangements mildert den Kostenanstieg kaum ab. In seiner derzeitigen Ausgestaltung ist das Pflegebudget für die SPV daher kaum umsetzbar. Infolge der demographischen Veränderung, die zu einem sinkenden Anteil von Pflegegeldempfängern führt, würde sich der durch das Pflegebudget induzierte Kostenanstieg jedoch zukünftig verringern.

*Dr. Melanie Arntz, arntz@zew.de
Jun.-Prof. Dr. Stephan Thomsen,
Universität Magdeburg*

Ausgestaltung des Arbeitsmarkts beeinflusst konjunkturellen Gleichlauf

Die Synchronisation von Konjunkturzyklen ist insbesondere durch den Erweiterungsprozess der Europäischen Union zu einem Thema der Ökonomen geworden. Eine starke Übereinstimmung der konjunkturellen Entwicklung von Volkswirtschaften gilt als wichtige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit einer Währungsunion, da so die Effektivität wirtschaftspolitischer Maßnahmen erhöht wird.

Meist wird der wirtschaftliche Gleichtakt von Volkswirtschaften durch einen hohen Grad der Handelsverflechtung erklärt. Wie eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 09-008) zeigt, beeinflussen aber ebenso die arbeitsmarktinstitutionellen Rahmenbedingungen die Synchronisation der

Konjunkturzyklen von Volkswirtschaften. Die ZEW-Studie betrachtet aus einer makroökonomischen Perspektive 20 OECD-Länder in den Jahren 1979 bis 2003. Die Analyse zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Ähnlichkeit der Arbeitsmarktstrukturen der untersuchten Länder sowie dem Gleichlauf ihrer Konjunkturzyklen.

Je ähnlicher sich insbesondere die Lohnverhandlungssysteme und die Besteuerung sind, umso stärker nähert sich der Konjunkturverlauf der Volkswirtschaften an. Konkret bedeutet das etwa, dass Länder, in denen Lohnverhandlungen beispielsweise auf Branchenebene geführt werden, sich einander stärker wirtschaftlich annähern im Vergleich zu den Ländern, die Löhne etwa auf Firmenebene aushandeln. Da-

bei ist es für den Aspekt des Konjunkturgleichlaufs unerheblich, welche Lohnverhandlungsvariante gewählt wird – solange sie in allen Volkswirtschaften vorherrscht. Ähnlich dazu tragen Steuersysteme, in denen die steuerliche Belastung einer Beschäftigung vergleichbar gestaltet ist, dazu bei, dass die konjunkturelle Entwicklung analog verläuft.

Darüber hinaus zeigt sich, dass arbeitsmarktpolitische Reformen, die auf eine Annäherung der institutionellen Rahmenbedingungen abzielen, den wirtschaftlichen Gleichtakt verstärken. Dies gilt vor allem für Reformen des Lohnverhandlungssystems, der Arbeitslosenunterstützung sowie der Besteuerung der Arbeitseinkommen.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Für „Reverse Mortgages“ gibt es in Deutschland ein großes Potenzial

Für Umkehrdarlehen, so genannte Reverse Mortgages, gibt es in Deutschland aufgrund des großen Immobilienvermögens bei älteren Menschen ein großes Potenzial. Davon sind die rund 170 Finanzmarktexperten überzeugt, die das ZEW in Mannheim im Rahmen seines monatlichen Finanzmarkttests für Deutschland befragt hat. Die Expertenbefragung ist Teil einer aktuellen Studie zu neuen Entwicklungen an den Immobilienmärkten in Deutschland.



Reverse Mortgages ermöglichen es selbst nutzenden Wohnungseigentümern, ein Darlehen aufzunehmen, und dieses mit ihrer Immobilie abzuführen. Auf diese Weise können beispielsweise einkommensschwache ältere Menschen, die ein Haus oder eine Wohnung besitzen, ihre Einkünfte oder Rente deutlich aufbessern. Während der Laufzeit des mit dem Darlehensgeber geschlossenen Vertrags bleibt der Darlehensnehmer Eigentümer und Bewohner seiner Immobilie. Im Gegensatz zu klassischen Hypothekenkrediten werden bei Reverse Mortgages-Produkten die Zins- und Tilgungszahlungen bis zum Vertragsende gestundet. Entweder erst nach dem Tod des Darlehensnehmers wird die Darlehensrückzahlung aus dem Wert der Immobilie beglichen oder vorher, wenn er auszieht, etwa bei Aufnahme in ein Pflegeheim oder bei Verkauf seines Eigentums. Zusätzliche Bürgschaften oder Besicherungen anderer Vermögensge-

genstände sind nicht vorgesehen. Nach Meinung der vom ZEW befragten Experten steht einer flächendeckenden Verbreitung des neuen Finanzprodukts in Deutschland allerdings entgegen, dass die Verbraucher kaum über das Produkt und seine Wirkungsweise informiert sind. Damit sind sie bisher nicht alleine: selbst auf Anbieterseite sind Reverse Mortgages-Produkte häufig noch unbekannt.

Vier Millionen Eigenheimbesitzer in Deutschland

Mit über vier Millionen Eigenheimbesitzern in Deutschland, die 60 Jahre oder älter sind, gibt es hierzulande zwar viele potenzielle Nutzer von Reverse Mortgage-Produkten, ein erstes Marktangebot formiert sich aber gerade erst. In Europa lassen sich neben dem etablierten Markt im Vereinigten Königreich, insbesondere in Spanien, Schweden, Finnland, Frankreich und aktuell

auch in Deutschland Marktbildungen beobachten. Besonders attraktiv sind Reverse Mortgage-Produkte für Menschen mit geringem Einkommen, die aber Wohnungseigentum besitzen. Immobilien stellen dabei im Schnitt mehr als 80 Prozent des Vermögens der Deutschen dar, die 65 Jahre oder älter sind.

Starker Wunsch nach unbelasteter Immobilie

Verständnisprobleme von Seiten der Immobilieneigentümer in Bezug auf die Wirkungsweise von Reverse Mortgages sehen die Experten als größtes Akzeptanzhemmnis. Den Verbrauchern hierzulande fehlt die Erfahrung im Umgang mit diesem neuen Produkt. Als mögliches Hemmnis könnte sich nach Ansicht der Experten zudem erweisen, dass Immobilienbesitzer in Deutschland häufig den Wunsch haben, eine unbelastete Immobilie zu vererben. Bei einem Umkehrdarlehen haben aber die Erben ein Wahlrecht: Sie können die Immobilie behalten und das Darlehen mit einem herkömmlichen Annuitätendarlehen ablösen oder sie können selbst verkaufen. Alternativ können sie die Immobilie der Bank zur Verwertung überlassen. Keineswegs müssen die Erben die Erbschaft wegen Überschuldung ausschlagen.

Risiken für den Darlehensgeber

Auf der Anbieterseite stellt das Risiko einer extremen Langlebigkeit des Kunden einen bedeutenden Faktor dar, der bisher die Finanzdienstleister zurück gehalten hat, Reverse Mortgage-Produkte anzubieten. Die Kalkulation der langfristigen Preisentwicklung der Immobilie halten die Experten dagegen für ein geringes Hemmnis für die erfolgreiche Produkteinführung.

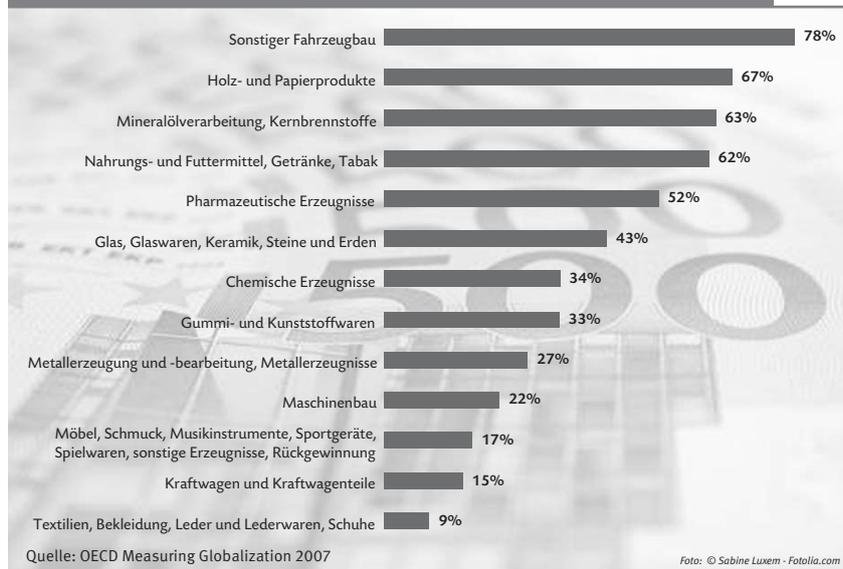
Gunnar Lang, lang@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Restriktiver Wissensschutz im Ausland hemmt Zugang zu lokalem Know-how

Viele der führenden Unternehmen weltweit haben sich zu multinationalen Konzernen entwickelt, die insbesondere Forschungs- und Entwicklungszentren außerhalb ihres Heimatmarkts betreiben. Bislang ist allerdings relativ wenig darüber bekannt, wie multinationale Unternehmen ihr Wissen im Ausland schützen. Hier setzt eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung an. Sie untersucht, auf welche Strategien zum Schutz des eigenen Know Hows ausländische Unternehmen in Deutschland zurückgreifen.

Anteil ausländischer Niederlassungen an den gesamten FuE-Ausgaben der Branche in Deutschland



In Deutschland stammen knapp 28 Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) im verarbeitenden Gewerbe von Niederlassungen ausländischer Konzerne. Dabei existieren große Unterschiede zwischen den Branchen. Den höchsten Anteil erreichen ausländische Unternehmen mit 78 Prozent im sonstigen Fahrzeugbau, der Luft- und Raumfahrzeuge, Schiffbau und Schienenfahrzeuge einschließt (siehe Abbildung).

Die international agierenden Unternehmen können durch ihre ausländischen Niederlassungen Zugang zu lokal konzentriertem technologischem Wissen erhalten und wertvolle Marktimpulse aufnehmen. Ihre FuE-Aktivitäten bieten ferner den Gastländern beachtliche

Potenziale, beispielsweise in Form direkter Investitionen und Beschäftigungsoptionen. Darüber hinaus eröffnen ausländische FuE-Tätigkeiten der heimischen Industrie Zugang zu wertvollem externem Wissen.

Legale und marktbasierende Schutzstrategien

In der Forschung ist bislang wenig darüber bekannt, wie die Niederlassungen multinationaler Unternehmen ihr Wissen im Ausland schützen. Eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 09-002) untersucht den Einsatz legaler und marktbasierender Schutzstrategien von multinationalen Unternehmen in Deutschland.

Legale Schutzstrategien basieren darauf, dass Wissen durch intellektuelle Eigentumsrechte geschützt wird. So sind etwa Patente oder Copyright-Rechte verbreitete Formen legaler Schutzstrategien. Marktbasierte Schutzstrategien zielen dagegen darauf ab, Wissenstransfer durch Geheimhaltung zu verhindern oder zu verzögern und durch den Wissensvorsprung Wettbewerbsvorteile zu realisieren.

Hochtechnologisiertes Gastland

Eine empirische Analyse von mehr als 1.500 Unternehmen in Deutschland zeigt, dass ausländische Unternehmen legale Wissensschutzinstrumente insbesondere dann einsetzen, wenn das Gastland technologisch führend ist. Dies lässt den Schluss zu, dass die Unternehmen vor allem auf juristisch verankerten Schutz setzen, da sie in einem hochtechnologisierten Umfeld eine stärkere Fluktuation der Beschäftigten erwarten. Eine hohe Mitarbeiterfluktuation vergrößert das Risiko, dass marktbasierende Wissensschutzstrategien nicht greifen. Die Geheimhaltung internen Wissens wird schwieriger.

Ausländische Unternehmen setzen somit marktbasierende Strategien dann weniger restriktiv ein, wenn die Branche in Deutschland, in der die ausländische Niederlassung tätig ist, technologisch führend ist. Die strikte Geheimhaltung und Abschottung innerhalb einer Branche hat den Nachteil, dass sie potenzielle Kooperationspartner abschreckt, indem sie mangelndes Kooperationsinteresse signalisiert. Restriktive marktbasierende Schutzmechanismen können allerdings dann für multinationale Unternehmen die richtige Strategie sein, Wissen zu schützen, wenn beispielsweise das technologische Umfeld des Gastlandes unterentwickelt ist.

Dr. Wolfgang Sofka, sofka@zew.de

Nachgefragt: Wirkung der Finanzmarktkrise auf die deutschen Immobilienmärkte

Die Krise wird auch im deutschen Immobilienmarkt Spuren hinterlassen

Seit dem Platzen der Immobilienblase in den Vereinigten Staaten sind dort – wie nachfolgend auch in einigen europäischen Ländern – die Häuserpreise ins Bodenlose gefallen. Dadurch wurde Vermögen in großem Umfang vernichtet. Die Folgen – Kreditausfälle und Konsumrückgang – sind eine Ursache für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, die wiederum die Probleme an den Immobilienmärkten verstärkt. Dr. Peter Westerheide, stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ am ZEW, betrachtet die Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes in Zeiten der Krise.

In Deutschland sind die Immobilienpreise bisher nicht eingebrochen. Geht die Finanzmarktkrise am deutschen Immobilienmarkt also spurlos vorbei?

Westerheide: Nein. Richtig ist, dass wir am deutschen Markt in den vergangenen Jahren keinen starken Preisanstieg wie in vielen anderen Ländern, sondern im Gegenteil vielfach sogar reale Preisrückgänge gesehen haben. Eine Immobilienblase hat es bei uns nicht gegeben. Insofern gibt es hier nun auch keinen Korrekturbedarf bei den Eigenheimpreisen. Etwas anders sieht es auf dem Mietwohnungsmarkt aus. Hier gab es in den Jahren 2004 bis 2007 große Immobilientransaktionen, vornehmlich weil sich Kommunen und Nicht-Immobilienunternehmen von ihren Wohnungsbeständen getrennt haben. Dies hat – unterstützt durch sehr günstige Finanzierungsbedingungen – zu steigenden Preisen bei diesen grossen Portfoliotransaktionen geführt, die sich in der aktuellen Marktsituation mit Sicherheit nicht mehr erzielen lassen.

Um zum Eigenheimmarkt zurückzukommen: Vor massiven Einbrüchen wie in den USA wird uns das deutsche System mit seiner vergleichsweise stabilen Finanzierungsstruktur wohl tatsächlich bewahren. Gleichwohl wird die Krise ihre Spuren bei uns hinterlassen. Wir haben schon vor Ausbruch der Turbulenzen gesehen, dass die Anschaffungsneigung deutlich zurückgegangen ist. Allerdings haben hier Vorziehef-

ekte im Zusammenhang mit der Abschaffung der Eigenheimzulage eine wichtige Rolle gespielt. In den kommenden Monaten wird die steigende Arbeitslosigkeit die Märkte belasten, ein Gegengewicht bilden allerdings die äußerst niedrigen Hypothekenzinsen.

Wie sieht es auf den anderen Segmenten des Immobilienmarktes aus?

Westerheide: Ganz klar in Mitleidenschaft gezogen werden die Büromärkte, die vom Konjunkturzyklus abhängig sind. Dies gilt insbesondere für

Monaten regelrecht abgestürzt. Wie lässt sich das mit der vergleichsweise hohen Stabilität der deutschen Immobilienmärkte vereinbaren?

Westerheide: In der Tat erscheinen die Immobilienaktien – gemessen an den laufenden Mieterträgen der Unternehmen – derzeit günstig bewertet. Die Bewertungen der Aktien liegen im Allgemeinen weit unter ihrem Buchwert, die Papiere sind also viel weniger wert als der zugrunde liegende Immobilienbestand. Die Dividendenrenditen sind aufgrund der stabilen laufenden Mieteinnahmen der Unternehmen zum Teil sehr hoch. Was in den niedrigen Kursen zum Ausdruck kommt, sind daher einerseits Befürchtungen, dass die Leerstandsquoten steigen werden und der Immobilienbestand abgewertet werden muss. Andererseits sind viele Immobilienunternehmen hoch ver-



Dr. Peter Westerheide, Jahrgang 1962, studierte nach Berufsausbildung und -tätigkeit in der Druckindustrie Wirtschaftswissenschaften an der Universität Witten/Herdecke und promovierte Ende 1998 an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Seither ist er am ZEW tätig. Westerheide fungiert als stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ und ist für den neuen Forschungsschwerpunkt „Immobilien- und Kapitalmärkte“ verantwortlich.

Weitere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Vermögensbildung, Sparverhalten und Altersvorsorge sowie Unternehmensfinanzierung.

die zentralen Standorte wie München, Frankfurt, Berlin, Hamburg oder Düsseldorf. Als vergleichsweise stabil erweist sich bislang der Markt für Einzelhandelsimmobilien. Aber auch hier ist mit dämpfenden Effekten zu rechnen.

Die deutschen Immobilienaktien sind – im Gegensatz zu den deutschen Immobilienpreisen – in den letzten

schuldet. Es erschien zumindest zeitweise fraglich, ob die Refinanzierung dieser Schulden immer gesichert werden kann. Wenn eine Anschlussfinanzierung scheitert, sind Insolvenzen nicht auszuschließen. Ferner besteht die Gefahr, dass große Anteilseigner – etwa Finanzinvestoren – in Not geraten und Teile ihrer Aktienbestände abstos-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

sen müssen. Letztlich spielt das allgemeine Kapitalmarktumfeld eine Rolle: Die Immobilienaktien konnten sich dem allgemeinen Abwärtstrend nicht entziehen.

Kann man schon etwas zu den längerfristigen Entwicklungsperspektiven sagen?

Westerheide: Bedingt: Für die gewerblichen Immobilienmärkte ist es unerlässlich, dass die Probleme im Bankensektor bereinigt werden. Große

Transaktionen können üblicherweise nur unter Beteiligung mehrerer Partner finanziert werden, etwa durch syndizierte Kredite oder Verbriefungen. Beides ist im Moment sehr schwierig. Zudem ist eine Neuemission von Immobilienpapieren am Kapitalmarkt in der aktuellen Situation so gut wie unmöglich. Im Eigenheimbereich ist es wichtig, dass sich die Einkommensperspektiven stabilisieren. Entscheidend ist ebenso, wie die neue Wohneigentums-

förderung akzeptiert wird und ob sie den Markt auf absehbare Zeit tatsächlich stützen kann: Die Wohn-Riester-Förderung ist recht kompliziert. Erste Schätzungen zu Vertragsabschlüssen, die kürzlich veröffentlicht worden sind, deuten auf einen recht guten Start hin, dürften allerdings vielfach Bausparprodukte betreffen. Diese Verträge werden weitgehend erst mit Zeitverzögerung am Wohnungsmarkt nachfragerrelevant.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Staatliche FuE-Förderung sollte hohe soziale Zusatzserträge anstreben

Neue oder verbesserte Produkte und Dienstleistungen sowie Kosteneinsparungen aufgrund verbesserter Prozessabläufe stärken die Position eines Unternehmens im Wettbewerb. Viele Unternehmen in Deutschland stecken daher Jahr für Jahr viel Geld in Forschung und Entwicklung (FuE). Diese FuE-Tätigkeit zahlt sich aber nicht nur für das einzelne Unternehmen aus.

Da durch FuE generiertes Wissen den Charakter eines öffentlichen Gutes hat, können sich oftmals andere Unternehmen dieses Wissen unentgeltlich zu Nutze machen und für die Imitation oder die Weiterentwicklung eigener Produkte oder Prozesse nutzen. Diese sogenannten „sozialen Zusatzserträge“ sind aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive durchaus wünschenswert, nutzen sie doch der Wettbewerbsfähigkeit nicht nur eines Unternehmens, sondern vieler. Ein FuE treibendes Unternehmen sieht dies allerdings weniger positiv. Sein Bestreben ist es, sich möglichst den vollständigen Ertrag seiner FuE-Aktivitäten anzueignen. Es investiert daher zu wenig in Bereichen, wo ein Schutz schlecht möglich ist. Für die staatliche Forschungsförderung wirft dies die Frage auf, wie groß die sozialen Zusatzserträge von FuE in Deutschland eigentlich sind und ob es angebracht ist, die Forschungsförderung verstärkt auf Bereiche zu konzen-

trieren, welche die Generierung möglichst hoher sozialer Zusatzserträge versprechen.

Die sozialen Zusatzserträge aus FuE können ebenso wie die direkten Erträge anhand der Produktivitätszuwächse der Unternehmen gemessen werden. Eine aktuelle Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der SV Gemeinnützige Gesellschaft für Wirtschaftsstatistik mbH zeigt, dass sich aus FuE sowohl hohe direkte Erträge als auch hohe soziale Zusatzserträge ergeben. Steigert etwa ein Unternehmen durch eigene FuE-Tätigkeit seinen internen Wissenskapitalbestand um einen Euro, resultiert daraus in zwei Jahren eine Produktionssteigerung von durchschnittlich 41 Prozent des eingesetzten Euro. Die unmittelbaren Rückflüsse aus den in FuE investierten Mitteln in Form von Umsatzsteigerungen oder Kostensenkungen sind damit ausgesprochen hoch. Das durch FuE generierte Wissen leistet darüber hinaus einen wichtigen

Beitrag zur Produktivitätssteigerung bei anderen Unternehmen. Verglichen mit den direkten Erträgen sind diese sozialen Zusatzserträge, die sich für ein einzelnes anderes Unternehmen ergeben, deutlich niedriger.

Soziale Zusatzserträge übersteigen direkte Erträge

Wenn allerdings für eine Abschätzung der sozialen Zusatzserträge auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Produktivitätseffekte aufsummiert werden, die ein zusätzlicher Euro FuE eines Unternehmens bei allen anderen forschenden Unternehmen erzielt, ändert sich das Bild beträchtlich. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive übertreffen die sozialen die direkten Erträge aus FuE. Sie machen rund 130 bis 150 Prozent der direkten Erträge aus.

Differenziert man nach verschiedenen Unternehmensgruppen, so zeigt sich, dass soziale Zusatzserträge im verarbeitenden Gewerbe deutlich höher ausfallen als bei den Unternehmen des Dienstleistungsbereichs. Dies kann unter anderem daran liegen, dass FuE-treibende Dienstleistungsunternehmen durchschnittlich eine kleinere Betriebs-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

größe aufweisen und sich kleinere Unternehmen tendenziell schwerer tun, externes Wissen aufzunehmen und zu verwerten. Auch bereits lange am Markt etablierte und junge Unternehmen

che Zusatzerträge anfallen. Dies ist notwendig, weil die Unternehmen von sich aus vor allem dort FuE betreiben, wo sie sich möglichst den kompletten Ertrag solcher Aktivitäten alleine an-



unterscheiden sich in ihrer Fähigkeit, vom Wissen anderer zu profitieren. Jungen Unternehmen fällt es erheblich schwerer, externes Wissen für die eigenen Zwecke zu nutzen. Zum einen mag dies darauf zurückzuführen sein, dass es jungen Unternehmen häufig noch an den absorptiven Fähigkeiten fehlt, die notwendig sind, um sich fremdes Wissen anzueignen. Zum anderen dürfte sich bei jungen Unternehmen ebenfalls negativ auswirken, dass sie seltener in Forschungs Kooperationen oder Forschungsnetzwerke eingebunden sind. Damit steht ihnen ein wichtiger Zugangskanal zu fremdem Wissen oftmals nicht zur Verfügung.

Implikationen für die staatliche FuE-Förderung

Aus den Ergebnissen der ZEW-Studie lassen sich Schlussfolgerungen für die Innovationspolitik ziehen. Die Existenz sozialer Zusatzerträge liefert zunächst eine wichtige Begründung für staatliche FuE-Förderung. Da möglichst hohe soziale Zusatzerträge aus gesamtstaatlicher Sicht wünschenswert sind, muss der Staat Anreize für die Unternehmen schaffen, dort FuE zu betreiben, wo sol-

eignen können. Der Staat sollte seine Förderung also vor allem auf solche Bereiche konzentrieren, wo die Unternehmen von sich aus nicht oder nur wenig investieren würden, weil der Wissenstransfer an Dritte dort zu groß ist.

Die vollständige Studie finden Sie im Internet unter:

www.zew.de/sozialeertraege

Dr. Bettina Peters, b.peters@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 09-019, Katja Coneus, Johannes Gernandt, Marianne Saam: Noncognitive Skills, School Achievements and Educational Dropout.

Nr. 09-018, Waldemar Rotfuß: Intraday Price Formation and Volatility in the European Union Emissions Trading Scheme: An Introductory Analysis.

Nr. 09-017, Jörg Zimmermann, Christoph Grimpe, Wolfgang Sofka: Young, Open and International: The Impact of Search Strategies on the Internationalization of New Ventures.

Nr. 09-016, Wolfgang Sofka, Christoph Grimpe: Specialized Search and Innovation Performance – Evidence Across Europe.

Nr. 09-015, Atilim Seymen, Marcus Kappler: The Role of Structural Common and Country-Specific Shocks in the Business Cycle Dynamics of the G7 Countries.

Nr. 09-014, Alisher Aldashev: Occupational and Locational Substitution: Measuring the Effect of Occupational and Regional Mobility.

Nr. 09-013, Bettina Brohmann, Steffanie Heinzle, Klaus Rennings, Joachim Schleich, Rolf Wüstenhagen: What's Driving Sustainable Energy Consumption? A Survey of the Empirical Literature.

ZEW ECONOMIC STUDIES

Sebastian Hauptmeier, Friedrich Heinemann, Qingwei Wang, Andreas Schrimpf, Hans-Michael Trautwein, Marcus Kappler und Margit Kraus

Projecting Potential Output

Das Konzept des Potenzialwachstums ist in der Wirtschaftstheorie, der empirischen Anwendung sowie in wirtschaftswissenschaftlichen Datenbanken weit verbreitet. Allerdings werden die Annahmen, die mit diesem Begriff verbunden sind, nur sehr selten transparent dargestellt, geschweige denn kritisch geprüft. Dieses Buch untersucht, inwiefern das Konzept des Potenzialwachstums auf klar definierten theoretischen Grundlagen beruht. Ferner geht es der Frage nach, inwiefern vorherrschende quantitative Methoden verlässliche Aussagen zum Potenzialwachstum einer Volkswirtschaft geben können. Darüber hinaus stehen alternative Methoden zur Bewertung des künftigen Potenzialwachstums im Mittelpunkt des Buches.

*ZEW Economic Studies, Band 42, Physica-Verlag, Heidelberg, 2009
ISBN: 978-3-7908-2176-5*

KONFERENZEN

Bundeskartellamtspräsident Heitzer über die Wettbewerbsaufsicht in Deutschland

Zu einem Vortrag über die „Wettbewerbsaufsicht durch das Bundeskartellamt – Ordnungspolitischer Schatten der unsichtbaren Hand“ konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz im April 2009 den Präsidenten des Bundeskartellamts Dr. Bernhard Heitzer begrüßen. Rund 140 Gäste waren der Einladung zu diesem Vortrag in der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ gefolgt.

Der Schutz des Wettbewerbs sei die zentrale ordnungspolitische Aufgabe in einer Marktwirtschaft, erklärte Heitzer zu Beginn seines Vortrags. Das Bundeskartellamt verstehe sich aber nicht als ein brachiales Instrument der Ordnungspolitik, sondern eher als deren unsichtbarer Schatten. Darum habe seine Behörde bislang nicht öffentlich Stellung bezogen zu den Staatsinterventionen im Bankensektor. Angesichts der beispiellosen Finanz- und Wirt-

kunft vor allem auf die ordnungspolitischen Regeln der sozialen Marktwirtschaft vertraue.

Vier Instrumente zum Schutz des Wettbewerbs

Das Bundeskartellamt sei mit rund 300 Mitarbeitern zwar eine kleine Behörde, so Heitzer, es schütze jedoch sehr erfolgreich den Wettbewerb. Im Wesentlichen stünden dem Bundes-

nen sich der Wettbewerb erst noch voll entfalten müsse, sagte Heitzer. Der Energiesektor sei hierfür ein Beispiel. Etwa im Gasmarkt habe die Missbrauchsaufsicht verhindern können, dass die Versorger ihre Marktmacht zu überzogenen Preiserhöhungen ausnutzen konnten. Das Verbot der Gaspreiserhöhungen durch das Bundeskartellamt habe die Verbraucher um rund 240 Millionen Euro pro Jahr entlastet.

Kartellverfolgung hat stark zugenommen

Mit dem Instrument der Kartellverfolgung werden Absprachen zwischen Unternehmen über Preise, Kunden, Lieferquoten und Liefergebiete unterbunden. Seit der Jahrtausendwende seien Kartelle besonders stark in den Fokus des Bundeskartellamts gerückt. Auch seien die Bußgelder für Kartellabsprachen gestiegen, sagte Heitzer. Das Bußgeld für eine Absprache könne ein Unternehmen bis zu zehn Prozent seines Vorjahresumsatzes kosten. Allein im vergangenen Jahr habe das Bundeskartellamt Kartellstrafen in Höhe von 314 Millionen Euro verhängt. In den 1990er Jahren hätten die Kartellstrafen im Durchschnitt pro Jahr noch bei 15 Millionen Deutsche Mark gelegen.

Das vierte Instrument zum Schutz des Wettbewerbs in Deutschland ist die Fusionskontrolle. Allerdings ist sie eine präventive Maßnahme, um die Unternehmenskonzentration dort, wo sie dem Wettbewerb schadet, zu verhindern. Im Jahr 2008 habe seine Behörde 1.500 Fusionsanmeldungen bearbeitet, so Heitzer. Allerdings hätten von diesen nur 15 Fälle näher geprüft werden müssen. Von diesen seien letztlich vier angestrebte Zusammenschlüsse untersagt worden. Vier weitere Fälle seien mit strengen Auflagen genehmigt worden.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de



Dr. Bernhard Heitzer während seines Vortrags am ZEW.

schafskrise stelle das Bundeskartellamt die Eingriffe des Staates zur Stabilisierung des Bankensektors grundsätzlich auch nicht in Frage. Er erwarte allerdings, so Heitzer, dass sich der Staat zurückziehen werde, sobald die Krise ausgestanden sei.

Keine Rechtfertigung gibt es für Heitzer für den Einstieg des Staates in anderen Wirtschaftsbranchen. Kritisch beurteile er die jüngst vom Bundestag geschaffene gesetzliche Grundlage für eine mögliche Enteignung der Hypo Real Estate. Er hoffe, dass dies ein Einzelfall bleibe und die Politik auch in Zu-

kartellamt hierzu mit Sektoruntersuchungen, der Missbrauchsaufsicht, der Kartellverfolgung und der Fusionskontrolle vier wirkungsvolle Instrumente zur Verfügung. Mit dem Instrument der Sektoruntersuchungen verschaffe sich das Amt umfassenden Einblick in Märkte und Branchen.

Mit dem Instrument der Missbrauchsaufsicht könne aufgedeckt werden, ob ein Unternehmen, das bereits über eine marktbeherrschende Stellung verfüge, diese missbrauche. Dieses Instrument werde vor allem in ehemaligen Monopolmärkten eingesetzt, in de-

KONFERENZEN

Workshop zu agentenbasierten Modellen in der Politikberatung

Macht es einen Unterschied für das Ergebnis ökonomischer Modelle, wenn anstelle eines repräsentativen Kapitalanlegers eine große Anzahl verschiedener Anleger angenommen wird? Ist es möglich, die Kurschwankungen und die Volatilität von Währungen besser zu verstehen, indem unterschiedlich handelnde Gruppen von Währungshändlern modelliert werden? Eine Antwort auf solche und ähnliche Fragen zu finden, war Ziel eines Workshops zu agentenbasierten Modellen, der am 24. und 25. März 2009 am ZEW stattfand. Der Workshop wurde gemeinsam von der Universität Gießen und dem ZEW organisiert, die Finanzierung des Workshops wurde von der Fritz-Thyssen-Stiftung getragen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Fragestellungen mit konkretem Anwendungsbezug für die wirtschaftspolitische Beratung. Zum Beispiel befasste sich eine Studie von Frank Westerhoff (Universität Bamberg) mit den Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Eingriffen wie etwa einer Börsenumsatzsteuer auf die stochastischen Eigenschaften von Wechselkursen. Hierzu modellierte Westerhoff zwei Gruppen von Händlern, „Chartisten“ und „Fundamentalisten“. Während sich die „Chartisten“ an kurzfristigen Wechselkursrends orientieren und diese in die Zukunft projizieren, richten die „Fundamentalisten“ ihre Handelsaktivitäten an der Kaufkraftparität aus. Die Händler ändern ihre Strategie entsprechend ihrem Erfolg in der Vergangenheit.

Staatliche Institutionen modelliert

Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, wie sie derzeit insbesondere für Aktienmärkte diskutiert wird, kann sich bei Festlegung eines relativ geringen Steuersatzes günstig auf das Wechselkursverhalten auswirken: Die Börsenumsatzsteuer kann dazu führen, dass die Volatilität der Wechselkurse deutlich reduziert wird und der Börsenkurs näher an dem fundamental gerechtfertigten Kurs liegt, weil nach Einführung der Börsenumsatzsteuer der Markt von den „Fundamentalisten“ dominiert wird. Um dieses Ergebnis zu er-

zielen müssen allerdings verschiedene Bedingungen erfüllt sein: Alle Währungsmärkte werden identisch besteuert und die „Chartisten“ weichen nicht auf andere Börsen aus.

In der Regel umfassen agentenbasierte Modelle eine große Anzahl von Akteuren, und nicht nur zwei Typen wie im Modell von Westerhoff. Ein besonders extremes Beispiel in dieser Hinsicht ist das EURACE-Modell, über dessen Funktionsweise Christophe Deissenberg (Universität Aix-Marseille) einen Überblick gab. Das EURACE-Modell hat zum Ziel, auf sehr differenzierte Weise alle europäischen Volkswirtschaften abzubilden. So wird für jedes Land eine Vielzahl an Produzenten und privaten Haushalten angenommen. Außerdem werden wichtige staatliche Institutionen (Regierungen, Zentralbank, etc.) modelliert. Mit dem Modell können wirtschaftspolitische Maßnahmen europaweit analysiert werden.

Detaillierte Abbildung der Immobilien- und Finanzmärkte

Im Workshop wurden noch eine ganze Reihe weiterer Modelle mit ganz unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Anwendungen präsentiert. Besonders aktuell ist das von Sheri Markose (University of Essex, CCFEA) vorgestellte Modell zur Analyse von systemischem Risiko im US-Finanzmarkt, das insbesondere die Auswirkungen von Mortgage Backed Securities (MBS)

und darauf aufbauenden speziellen Finanzderivaten (z. B. Credit Default Obligations (CDO) und Credit Default Swaps (CDS)) untersucht. Das Modell bildet unter anderem die regionale Struktur der Immobilienmärkte ab und erlaubt damit eine sehr detaillierte Abbildung der Interaktionen auf den verschiedenen Immobilien- und Finanzmärkten. Auf Grundlage dieses Modells wies Sheri Markose schon frühzeitig auf die inzwischen eingetretene Systemkrise der internationalen Finanzmärkte hin.

Insgesamt zeigte der Workshop, dass agentenbasierte Modelle für zahlreiche ökonomische Fragestellungen eine geeignete Art der Analyse darstellen. Dies scheint insbesondere dann der Fall zu sein, wenn Netzwerkeffekte wie etwa systemische Risiken auf den Finanzmärkten untersucht werden sollen. Dennoch muss weiterhin eine intensive Grundlagenforschung betrieben werden, um diese neue Methode zu einem robusten Instrument der wirtschaftspolitischen Beratung weiter zu entwickeln.

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de



ZEW INTERN

Geschäftsführung des ZEW besucht Xiamen Universität

Im April 2009 besuchten die beiden Geschäftsführer des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz und Thomas Kohl, die südchinesische Xiamen Uni-

versität. Bereits zum Ende des vergangenen Jahres waren Vertreter der renommierten Hochschule zu Gast am ZEW in Mannheim gewesen. Im Mittelpunkt des Chinabesuchs standen Gespräche über wissenschaftliche Kooperationen zwischen ZEW und Xiamen Universität. Konkret geplant ist die Beteiligung des ZEW an der Organisation einer Konferenz zur Arbeitsmarktökonomie des Wang Yanan Institute for



China Center for Energy Economics der Xiamen Universität zu Fragen der Energie- und Klimapolitik geben. Im Rahmen ihres Chinabesuchs hatten die Geschäftsführer des ZEW die Gelegenheit, ein persönliches Gespräch mit dem deutschen Botschafter in China, Dr. Michael Schaefer, sowie mit dem Präsidenten der europäischen Handelskammer in China, Jörg Wuttke, zu führen.

China Center for Energy Economics der Xiamen Universität zu Fragen der Energie- und Klimapolitik geben.

Im Rahmen ihres Chinabesuchs hatten die Geschäftsführer des ZEW die Gelegenheit, ein persönliches Gespräch mit dem deutschen Botschafter in China, Dr. Michael Schaefer, sowie mit dem Präsidenten der europäischen Handelskammer in China, Jörg Wuttke, zu führen.

Nachruf zum Tod von Helmut Seitz

Der tragische Unfalltod von Prof. Dr. Helmut Seitz hat am ZEW große Bestürzung und Trauer ausgelöst. Professor Seitz war dem ZEW seit dessen Gründung eng verbunden und hat in einer Vielzahl von Projekten mit Wissenschaftlern des ZEW intensiv zusammengearbeitet. Auch nach seinem Wechsel von der Universität Mannheim an die Viadrina in Frankfurt/Oder und an die

TU-Dresden war er mit seiner herausragenden wissenschaftlichen Expertise und seinem offenen Kommunikationsstil bis zu seinem Tod ein geschätzter und wichtiger Ratgeber für Wissenschaftler am ZEW.

Das Mitgefühl und Beileid der ZEW-Mitarbeiter gilt der Familie von Prof. Seitz, sie alle vermissen ihn und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

EXPERTENSEMINARE

- 16.06.2009 Panelökonomie I – Grundlagen
Grundmodelle der Panelökonomie
- 17.06.2009 Panelökonomie II – Nicht-stationäre Paneldaten

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW Jahresbericht 2008

Im Geschäftsjahr 2008 konnte das ZEW seine Ertragssituation erneut verbessern. Mit 15,48 Millionen Euro wurde das Vorjahresergebnis (14,72 Millionen Euro) deutlich übertroffen. Die Anzahl der Mitarbeiter hat sich im Jahr 2008 noch einmal erhöht, nachdem hier bereits im Jahr 2007 eine deutliche Steigerung zu verzeichnen war. Ende vergangenen Jahres waren 165 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am ZEW tätig, davon 116 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Neun Wissenschaftler beziehungsweise Wissenschaftlerinnen konnten 2008 ihre Promotion und eine Wissenschaftlerin ihre Habilitation erfolgreich abschließen.

Sie finden den neuen Jahresbericht im Internet unter:

www.zew.de/jahresbericht

ZEW auf Talentsuche in Berlin

Im Rahmen der Graduate Recruitment Fair, einer Personalmesse für junge Akademiker, präsentierte sich das ZEW Ende März dem akademischen Nachwuchs in Berlin. Die Personalmesse bot



dem ZEW Gelegenheit, junge Talente kennen zu lernen und für das Institut zu gewinnen. Die Graduate Recruitment Fair wurde von der Freien Universität Berlin in Zusammenarbeit mit der University of Oxford, der University of Cambridge, der London School of Economics und dem Imperial College London ausgerichtet.

STANDPUNKT



Reformkurs halten

So als ob wir nicht genug damit zu tun hätten, das Finanzsystem von der Intensivstation in die Rehabilitation zu bringen, versuchen nunmehr einflussreiche Gruppen, ihr Süppchen auf der Flamme der Finanzmarkt- und

Wirtschaftskrise zu kochen. Unter dem Schlagwort der Bekämpfung eines Neoliberalismus werden Reformbemühungen verunglimpft.

Die seinerzeitige Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer? Weg damit. Stattdessen ein Bußgeld für Leistung zwecks Finanzierung vermehrter Bildungsanstrengungen. Wie viele Leute sich überhaupt noch bilden, wenn die Früchte höherwertiger Leistungen der Steuer zum Opfer fallen – egal. Rente mit 67 Jahren? Weg damit. Dass die Demografie solche Einschnitte notwendig macht, wenn man die Altersrenten nicht noch mehr beschneiden will – egal. Verkürzung der Bezugsdauer des regulären Arbeitslosengelds? Weg damit. Dass diese und andere Reformen auf dem Arbeitsmarkt ihren Beitrag zum Beschäftigungsaufbau geleistet haben – egal. Und so geht es weiter: weg, weg, weg. Die Rolle rückwärts feiert in Deutschland fröhliche Urstände.

Die Rolle vorwärts schaut bei solchen Leuten ähnlich verheerend aus. Flächendeckende Mindestlöhne in Höhe von 7,50 Euro? Her damit. Dass damit beträchtliche Verluste in Höhe von mehreren Hunderttausend Arbeitsplätzen einhergehen werden und zwar gerade bei den Geringqualifizierten als einer der hauptsächlichen Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt – egal. Eine Aufstockung der Abwrackprämie bis zu einem Betrag von fünf Milliarden Euro? Her damit. Dass damit eine spezielle Branche subventioniert und ein Strohfeder entzündet wird und überdies zahlreiche, durchaus noch funktionstüchtige Gebrauchtwagen der Vernichtung anheim fallen, die man noch wie zuvor in ärmere Länder hätte exportieren können – egal. Eine staatliche Beteiligung an Opel? Her damit. Wen kümmern schon die Überkapazitäten auf dem Automobilmarkt und die Entscheidung der Käufer, welche Autos sie kaufen wollen. Wen interessiert

schon, dass eine eventuelle Insolvenz von Opel nicht bedeutet, dass die Arbeitskräfte eben nicht am nächsten Tage auf der Straße stehen werden, sondern sich ein Insolvenzverwalter vermutlich erfolgreich um die Rettung vieler Arbeitsplätze bei Opel bemühen wird. Dass mit einer finanziellen Unterstützung von Opel ein verhängnisvoller Präzedenzfall geschaffen wird – egal. Und so geht es weiter: egal, egal, egal.

Und weil man schon beim Geldausgeben ist, wieso nicht gleich ein drittes Konjunkturpaket? An diesbezüglichen Ideen mangelt es nicht, obgleich bereits entsprechende Überlegungen zu einem Attentismus der eventuell Begünstigten führen dürften. Wer investiert heute, wenn er glaubt, in Bälle in den Genuss von Subventionen für dann vorgenommene Investitionen zu kommen? Die bisher beschlossenen Konjunkturpakete sollten erst einmal ihre Wirkungen entfalten, im Inland wie im Ausland. Außerdem sind die Investitionen in die Infrastruktur noch nicht wirklich in die Tat umgesetzt worden. Schließlich ist die Hoffnung nicht abwegig, dass die Abwärtsdynamik der Konjunktur hierzulande demnächst abklingt. Das alles spricht derzeit gegen ein drittes Konjunkturpaket, zumal es ein solches eigentlich schon gibt, nämlich in Form der im Vergleich zum letzten Jahr markant gesunkenen Erdöl- und Nahrungsmittelpreise.

Forsche Aufforderungen einzelner Ökonomen aus den Vereinigten Staaten nach zusätzlichen fiskalischen Impulsen hierzulande sind fehl am Platz. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt Deutschland bezüglich fiskalpolitischer Maßnahmen in der europäischen Spitzengruppe. Überdies federn die hiesigen Sozialleistungen die Folgen der Rezession wesentlich besser ab als in den Vereinigten Staaten, dem Land, welches die Finanzkrise hauptsächlich zu verantworten hat. Vielleicht sollten jene Ökonomen bei der Erteilung von ansonsten willkommenen Ratschlägen mal eine Runde aussetzen. Alles in allem gilt: Die Früchte der Reformpolitik nicht verspielen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009